

9. II. 1916

Der Wiener Gemeinderat und die diesjährigen Wahlen.

Der Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte hat, wie die „Arb.-Ztg.“ heute berichtet, am 16. Jänner d. J. die Gemeinderäte Emmerling, Staret und Neumann zum Bürgermeister Dr. Weiskirchner entsendet, um ihm Forderungen zu unterbreiten, die ordentlichen Wahlen für den Gemeinderat durchzuführen, da die Mandate des ersten Wahlkörpers in diesem Jahre ablaufen. Gleichzeitig wären auch die notwendigen Ergänzungswahlen in jenen Wahlkörpern durchzuführen, in denen Mandate, sei es durch Ableben oder durch andre Umstände, freigeworden sind.

Die Forderungen des Klubs wurden mit dem Bürgermeister eingehend erörtert, wobei auch die infolge der Einlösung der Schatzscheine notwendige Finanzoperation in Erwägung gezogen wurde. Der Bürgermeister konnte mitteilen, daß er wegen der Wahlen bereits mit dem Ministerpräsidenten in Fühlung getreten sei; er habe ihm brieflich mitgeteilt, daß angesichts des Krieges von der Durchführung von Wahlen abzusehen und eine Verlängerung der Mandatsdauer in Aussicht zu nehmen sei. Dazu biete — nach Ansicht des Ministerpräsidenten — der § 23 des Wiener Gemeindestatuts die Handhabe. Zudem sei schon dadurch, daß im allgemeinen die Mandate bis nach durchgeführten Neuwahlen auszuüben sind, für eine „automatisch eintretende Verlängerung“ der Mandatsdauer in den öffentlichen Vertretungskörpern vorgesorgt. Die Ansicht des Ministerpräsidenten fand in der Unterredung weder die ungeteilte Zustimmung des Bürgermeisters noch die des sozialdemokratischen gemeinderätlichen Klubs. Hingegen wurde die Frage erörtert, ob nicht über die Wahlen zur Vermeidung aufregender Wahlkämpfe Vereinbarungen mit dem Ziele der Wahrung des Bestandes der Parteien zu treffen wäre; es wurde hier volle Übereinstimmung erreicht. Der Bürgermeister verständigte von dem Ergebnis der Unterredung den Obmann des Bürgerklubs Oberkurator Steiner und berief auch den Obmann der fortschrittlichen Parteien Dr. Hein zu sich, um ihn in gleicher Weise zu informieren, damit beide die Beschlüsse ihrer Parteien einholen. Der Bürgerklub hat nun in seiner am 7. d. abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bürgerklub fordert die Vornahme der auf Grund des Gemeindestatuts der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien fälligen Ergänzungsgemeinderatswahlen, und zwar unter der Bedingung, daß der Burgfriede und der Bestand der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien parteimäßig und bezirkweise aufrecht erhalten bleibt.

Die fortschrittlichen Gemeinderäte erklären durch ihren Obmann Dr. Hein, daß sie gegen die Durchführung der Wahlen, wohl aber für eine Verlängerung der Mandatsdauer auf Grund einer § 14-Verordnung seien.

Ein definitiver Beschluß ist noch nicht gefaßt.